

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Dienstag

2. September 1924

Beilage und Einzelabteilung:
Gesetzblatt 9-5 Uhr

Verleger: Hermann-Berlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Verantwortlicher: Dönhofs 202-295
Tel.-Nro.: Sozialdemokrat Berlin

Bezugsbedingungen und Einzelpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 202-295
Tel.-Nro.: Sozialdemokrat Berlin

Das Ende der Regiebahnen.

In sechs Wochen die Uebergabe beendet.

Elberfeld, 2. September. (WZB.) Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit: Die Liquidation der Regie wird nach den in London getroffenen Vereinbarungen wie folgt vor sich gehen:

1. Auf die zweite Feststellung hin (7. Oktober 1924) wird die Kommission für alle Reichsbahnen auf die im Sachverständigenplan vorgesehene neue deutsche Reichsbahngesellschaft übertragen. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Betrieb aller jetzt von den deutschen Reichsbahnen betriebenen Strecken auf diese Gesellschaft übergehen. 2. 14 Tage später (22. Oktober 1924) werden die jetzt von der Regie betriebenen Strecken für Rechnung der Gesellschaft unter dem Eisenbahnorganisationskomitee begeben werden. Dieses wird sich mit der Regie in Verbindung setzen, um die Einzelheiten der Uebergabe zu regeln. Die tatsächliche Uebergabe der Regie an die deutsche Gesellschaft wird unter Aufsicht des Organisationskomitees Schritt für Schritt vorgenommen. So schnell als dies mit der ordnungsmäßigen Uebergabe vereinbar ist. Sie soll binnen sechs Wochen beendet sein (7. Dezember 1924), wobei das Organisationskomitee berätigt ist, für die Regelung von Einzelfällen Fristverlängerungen zuzugestehen.

3. Das Organisationskomitee wird die Regie und die deutsche Reichsbahnoverwaltung auffordern, je einen Vertreter zu bestimmen, die die Uebergabe unter Aufsicht des Organisationskomitees vornehmen sollen.

Die deutsche Verwaltung hat seit langer Zeit alle Vorbereitungen getroffen und ist in der Lage, die Regiebahnen sofort in eigenen Betrieb zu übernehmen. Sie wird alles daransetzen, die Uebergabe möglichst zu beschleunigen.

Amtsantritt von Owen Young.

Paris, 2. September. (Eca.) Die Reparationskommission hat bestimmt, daß der Generalagent für die deutschen Zahlungen, Owen Young, von heute ab in Tätigkeit tritt. Morgen wird er sich mit der Reparationskommission über die ersten Zahlungen besprechen, die Deutschland nach den Bestimmungen des Londoner Schlussprotokolls leisten muß und die in Höhe von 20 Millionen Goldmark bereits heute auf das Konto des Generalagenten geleistet werden sollen. Die zweite Zahlung von ebenfalls 20 Millionen Goldmark muß in einer Frist von 10 Tagen geleistet werden. Young wird am Mittwoch nach Berlin abreisen. Er wird begleitet von dem Generalsekretär der Reparationskommission, De la Croix, der Treuhänder für die deutschen Eisenbahnobligationen, erwartet noch in Paris die Ankunft Rogaros, des Treuhänders für die Industrieobligationen. Beide begaben sich etwas später nach Berlin, d. h. also nach der zweiten Feststellung der Reparationskommission, die sich auf den Amtsantritt der verschiedenen Organisationen bezieht. Man sieht voraus, daß die Reise etwa am 5. Oktober erfolgen wird.

Paris und die Völkerbundsversammlung.

Paris, 1. September. (ZL.) Im Mittelpunkt des politischen Interesses in Paris steht die Eröffnung der fünften Völkerbundsversammlung. Die Rede des belgischen Ministers Hymans in Genf findet in hiesigen politischen Kreisen ein recht günstiges Echo; auch

beurteilt man die Wahl Rottas zum Präsidenten der diesjährigen Session recht günstig. Die Probleme, die vom Völkerbund behandelt werden, lassen sich, wie die hiesigen politischen Kreise darstellen, in drei Teile gruppieren: 1. Abrüstungskontrolle in Deutschland; 2. Sicherheits- und gegenseitige Unterstützungsverträge; 3. allgemeine Abrüstungen. Die Stellungnahme, die heute in Paris zu den drei Fragen herrscht, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. In der letzten Sitzung des Völkerbundes hatte Lord Parmoor verlangt, daß sich der Völkerbund mit der militärischen Kontrolle in Österreich, Ungarn und Bulgarien beschäftige. Zwischen Paris und London ist man nun überein gekommen, auch die militärische Kontrolle über Deutschland dem Völkerbund zu übertragen. Für die Lösung dieser Frage sieht man in Paris keinerlei Schwierigkeiten.

2. Weniger optimistisch ist man in Paris über die Frage der gegenseitigen Unterstützungsverträge. Das von Genf ausgearbeitete Projekt ist bekanntlich von einer Reihe der maßgebenden Nationen im voraus zurückgewiesen worden, so daß die französische Delegation selbst nach Ansicht der hiesigen Regierungskreise einen schweren Stand haben wird. Man hofft aber in Paris, daß man sich eventuell über ein Kompromißprojekt einigen könnte. Die größte Schwierigkeit dieser Frage liegt darin, daß die französische Delegation die dritte Frage, nämlich die der allgemeinen Abrüstung der gegenseitigen Unterstützung unterordnet, während England und Amerika entgegengelegelter Auffassung sind.

3. Amerika und England glauben, die Frage der allgemeinen Abrüstung müsse zuerst geregelt werden und sie sind der Meinung, daß dann die Regelung der Sicherheitsfrage gelöst sei. Frankreich will jedoch keine militärischen Rüstungen nicht aufgeben, bevor die gegenseitigen Unterstützungsverträge geregelt sind.

Macdonalds Pläne.

London, 2. September. (WZB.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der Reise Macdonalds nach Genf, man könnte annehmen, daß sich die Hauptrede, die Macdonald voraussichtlich am Donnerstag in Genf halten werde, auf drei Fragen, die Sicherheit, die Abrüstung und das Schiedsgericht, beziehen werde. Das Geheimnis ewiger konkreter Vorschläge, die er machen könnte, sei sehr sorgfältig gehütet worden. Es bestehe aber unter Genf zu der Annahme, daß Macdonald keinesfalls eine Entscheidung treffen werde, bevor er am Mittwoch mit den Vertretern Großbritanniens und der Dominions eine ausführliche Aussprache gehabt habe. Bekannt sei, daß sowohl der Premierminister als auch die meisten britischen Staatsmänner der Ansicht seien, daß die Frage einer allgemeinen Herabsetzung der Rüstungen wirkungsvoller von einer Konferenz behandelt werden könnte, die außerhalb des Völkerbundes einberufen werden würde, da bei einer Einberufung durch den Völkerbund Amerika abseits stehen müßte. Der offensichtliche Wunsch des amerikanischen Präsidenten, die Einberufung einer solchen Konferenz anzuregen, gebe dieser britischen Auffassung ein besonderes Gewicht. Die allgemeinen Grundzüge der Einberufung und die Einzelheiten des Planes hinsichtlich ihres technischen Charakters würden vielleicht weiterhin die Aufmerksamkeit der Völkerbundsversammlung, ihrer Ausschüsse und ihrer Unterausschüsse beschäftigen.

Zölle und Sozialpolitik.

Der Kampf unserer österreichischen Genossen.

Während in Deutschland der Kampf um die Zölle erst noch in seinem Anfangsstadium steckt, nähern sich die Beratungen des deutschösterreichischen Parlaments über die Neugestaltung des Zolltarifs der Entscheidung. Die Front, in der unsere österreichischen Genossen durch den Gang der Verhandlungen gedrängt worden sind, ist im Grunde die gleiche, in der auch die deutsche Sozialdemokratie kämpft. Haben wir drüben die Schutzzölle in Industrie und Landwirtschaft sich einig in dem Wunsche, die Arbeitskraft nach bestem Können zu schröpfen, die eigene Produktion gegen fremde Konkurrenz zu schützen und all die Vorteile einzubehalten, die die Schutzpolitik dem kapitalistischen Profitstreben verspricht als da u. a. sind: Uebersteigerung der Weltmarktpreise, Begünstigung der Kartelle, Schaffung einer Exportprämie, Niedrighaltung des Reallohnes. Daß auch die Agrarier mit ihren Schutzforderungen auftreten, kann nach der geistigen Einstellung der österreichischen Landwirtschaft vor dem Kriege nicht wundernehmen. Freilich hat sich damals in unserem deutschen Nachbarstaat einiges verändert. Das groß-agrarische Hinterland, Ungarn, Tschechoslowakei, Galizien — es ist heute von Deutschland abgetrennt. Aus einem Lande, das früher noch Getreide exportieren konnte, ist heute ein Rumpfstaat mit stark industriellem Einschlag geworden, das zu seiner Ernährung großer Getreideeinfuhren bedarf, seine Anbaufläche für Brotfrucht aber nicht wesentlich ausdehnen kann, weil sein Boden größtenteils von Gebirgen durchzogen ist. Der größte Teil der in den Alpengebieten heimischen Bauern kann seine Viehwirtschaft nicht auf Getreidebau umstellen. Er hat von den Getreidezöllen nichts als Nachteile, da er ja Getreide selbst kaufen muß und insofern in der gleichen Lage ist wie der deutsche Klein- und Mittelbauer. Aber ein ehrbarer Hochschuhzöllner, der nicht nur für sich, sondern auch für alle seine Nachbarn in der kapitalistischen Produktion Schutzzölle verlangt, sieht sich über derartige Kleinigkeiten reich hinweg. Ihm kommt es nicht darauf an, ob der Zoll volkswirtschaftlich erträglich ist, ob nicht aus der Absicht, die Produktion zu fördern, bei konsequenter Durchführung des „Schutzes der nationalen Arbeit“ das Gegenteil wird. Die österreichische Industrie hingegen hatte bei der Verfechtung ihrer Zollpläne den Umstand ins Feld zu führen, daß die industrielle Krise sich bei einer verstärkten Konkurrenz des Auslandes noch steigern, die Arbeitslosigkeit wachsen könnte. Gegen die Einheitsfront der Schutzzöllner hatten die österreichischen Genossen einen schweren Stand. Wenn es ihnen gleichwohl gelungen ist, für die breiten Massen große Vorteile gegenüber den Forderungen ihrer Gegner herauszuholen, so ist das dem großen parlamentarischen Geschick zu verdanken, mit dem die Sozialdemokratie ihren Standpunkt vertretet, durch Vorstöße und Zurückweichen die Front der Gegner zersplittert und positiv an der Gestaltung der Zölle mitgewirkt hat.

Das gilt insbesondere für die Getreidezölle. Die Regierung hatte einen Zoll von 2 Goldkronen verlangt. Die Sozialdemokratie hat in die Debatte ein ganz neuartiges Moment hineingebracht, indem sie den Gedanken gleitender Getreidezölle durchführte. Der Einheitszollsatz, wie wir ihn im deutschen Tarif haben, und nun wiederbestimmen sollen, verteuert das Getreide, ganz gleichgültig, ob der Weltmarktpreis hoch oder niedrig ist, etwa um den Zollsatzbetrag. Österreich hätte also trotz der hohen Weltmarktpreise für Getreide noch eine neue bedeutende Verteuerung des Brotes erfahren. Nun hat die Landwirtschaft kein so großes Interesse an hohen, wie an gleichmäßigen Getreidepreisen. Der Verbrauch aber hat ein starkes Interesse daran, daß das Getreide nicht mehr verteuert wird, als es diesem Bedürfnis nach gleichmäßigen Getreidepreisen entspricht. Die Lösung ist folgendermaßen: Bei einem bestimmten Preis wird ein bestimmter Zollsatz angenommen. Steigt der Preis weiter, so ermäßigt sich der Zollsatz, die Auslandskonkurrenz wird in wachsendem Maße eingeschaltet, die Uebersteuerung des Getreides im Verhältnis zum Weltmarktpreis wird immer geringer. Fällt dagegen der Getreidepreis, so erhöht sich der Zoll, die Auslandszufuhr wird erschwert, ein Preissturz vermieden.

Dieser gleitende Getreidezoll ist gewiß keine ideale Lösung. Eine gewisse und bei niedrigen Weltmarktpreisen sogar recht starke Verteuerung der Brotfrucht bleibt in jedem Falle! Was aber vermieden wird, das ist die wucherische Ausbeutung von Millionen der ganzen Welt auf Kosten des inländischen Verbrauches: wird das Getreide allgemein teuer, so vermindert sich die Zallquote, durch die fremdes Getreide beim Eintritt ins eigene Land künstlich verteuert wird. Die Not wird also nicht noch durch Zölle künstlich gesteigert. Diese im besten Sinne soziale Wirkung ist nicht zu bestreiten. Vorläufig ist es jedenfalls unseren Genossen gelungen, den Zoll bei heutigen Preisen mit dieser Klausel auf 0,25 Heller herabzudrücken, der nach der Regierungsvorlage 2 Goldkronen betragen sollte!

In gleicher Berücksichtigung der sozialen Lage hat die österreichische Sozialdemokratie um die Herabsetzung weiterer Lebensmittelzölle gekämpft und sie auch bei vielen Waren durchgesetzt. Ebenso gelang es, die Zollsätze auf Industriewaren zu senken. Wenn das ganze Gebilde trotzdem ein elendes Nachwerk ist, für das Industrie und Agrarier allein die Verantwortung tragen, so darf man darüber nicht vergessen, daß dieses Nachwerk nach dem Willen seiner Urheber für die breiten Massen noch verderblicher aus-

Wirth und der Bürgerblock.

Katholikentag und Deutschnationale.

Auf dem Deutschen Katholikentag hat der frühere Reichskanzler Dr. Wirth das Wort ergriffen. Ihm wurde, nach dem Bericht der „Germania“, eine stürmische Ovation dargebracht. Schon als sein Name ausgerufen wurde, brach die Versammlung in stürmische Beifallsstürmen aus, die sich minutenlang fortsetzten und immer stärker anschloßen. Dr. Wirth meinte, alle katholischen Neugründungen und alle katholischen Organisationen könnten nur Erfolg haben, wenn sie in sich trügen:

nicht einen Geist, der politisch durch die Welt geht, sondern einen Geist, der in starker Liebe sich dem Volke widmet. Die Gefahren, die heute vom Radikalismus kommen, schlägt er hoch an. Die Ueberwindung des Radikalismus und die Einhellung unserer katholischen Ideen auf die radikale Welt ist mindestens eine so hohe Aufgabe, wie die Gewinnung gläubiger Protestanten für unsere Gemeinschaftsarbeit. In der übertriebene nationalistische Bewegung taubt sich der Gedanke aus, daß Macht und Gewalt vor jeglichem Rechte stehen. Solche Gedanken sind auch in unsere Kreise gekommen und es ist auch eine Aufgabe der katholischen Welt, unsere Kreise vor jenen zu bewahren, die die Vergötterung der Gewalt, die Vergötterung aber auch der Wirtschaft betreiben. Wir Katholiken sehen an die obere Stelle die Arbeit und als Träger der Arbeit den Menschen. Die Bewegung, die von Osten wie eine rote Flut über uns gekommen ist, hat auch manden aus unserer katholischen Kreise erfasst.

Die Gefahren des Radikalismus könnten nur überwunden werden durch den Geist der Tat und der Liebe. In diesem Sinne forderte Wirth die Katholiken auf, im öffentlichen Leben tätig zu sein, sei es staatsbürgerlich an der Erhaltung und Rettung der Einheit des Reiches, sei es in der sozialen Liebe und in Werken für unser Volk. Die kurze Ansprache Dr. Wirths wurde von zahlreichen Beifallsstürmen unterbrochen und fand, nach der „Germania“, einen gewaltigen hinterherden Beifall, den der Vorsitzende, Graf Goltz, als die Zustimmung der Versammlung zu der wichtigen Worten Dr. Wirths kennzeichnete.

Diese spontane Kundgebung des Katholikentages für Dr. Wirth ist um so bedeutsamer, als der frühere Reichskanzler eben erst in einem Interview ganz deutlich und unmissverständlich von dem Gedanken des Bürgerblocks abgerückt ist. In seiner von uns bereits erwähnten Erklärung hatte er ausgeführt, daß nach Meinung des Zentrums die Deutschnationalen bei der Zustimmung zum Eisenbahngesetz lediglich eine vorläufige Pflicht erfüllt hätten. Sie hätten zum ersten Male verantwortliche Opfer auf sich genommen, wobei die großen Führer neugierig beiseite standen. Jedenfalls sei das Ziel eines sogenannten Bürgerblocks kein politisches Ziel, das „mit allen Mitteln“ erstrebt werden könne, wie die Deutsche Volkspartei es darstelle.

Diese Abgabe an den Kaufpreis für die Deutschnationalen hat Wirth aus dem Jarn der Deutschnationalen zugezogen. Die „Kreuzzeitung“ versichert, der Bürgerblock werde, wenn er kommen solle, auch gegen die Meinung des Herrn Wirth Wirklichkeit werden. Wie das geschah soll, verriet die „Kreuzzeitung“ allerdings nicht. Sie verzichtet großmütig auf die Hilfe der Demokraten. Ja, sie lehnt sogar deren Teilnahme ab. Sie will auch nichts mit dem Zentrumsflügel zu tun haben, zu dem Dr. Wirth und zahlreiche Arbeiterabgeordnete des Zentrums gehören. Augenscheinlich rechnen die Deutschnationalen damit, daß der Bürgerblock sich aus lauter halbierter Fraktionen zusammensetze, nachdem sie selbst eben erst das Beispiel des Lürken gegeben haben, den man „zur Rechten und zur Linken je zur Hälfte herunterzinken“ schon konnte.

Die begeisterte Aufnahme Dr. Wirths auf dem Katholikentage dürfte indessen nicht nur ein Wink an die Fraktion Tirpitz-Hergt sein, sondern gleichzeitig auch ein solcher an die Kreise Querard-Siegerwald!

Ein japanischer Racheakt. Wie aus Tokio gemeldet wird, feuerte ein Sozialist gegen den General Mikuluta einen tödlichen Schuß ab. Der Attentäter wurde festgenommen. Man nimmt an, daß die Tat aus Rache für die Ermordung des bekannten Sozialisten Wugi während des Erdbebens erfolgte, als der genannte General an der Spitze der Garnison stand und die Truppen zahlreiche Sozialisten erschossen.

gefallen wäre, wenn unsere Genossen nicht auf dem Posten gewesen wären.

In einem anderen Punkte aber hat unsere österreichische Bruderpartei eine sozialpolitische Tat von größter Tragweite vollbracht und in die österreichische Zollgesetzgebung hineingearbeitet. Genosse Otto Bauer hat nämlich im Zollausschuß des österreichischen Parlaments einen Antrag eingebracht, der jetzt angenommen worden ist und der besagt:

Die Regierung wird ermächtigt, durch Verordnung mit Zustimmung des Hauptausschusses Zölle auf einzelne Industrieerzeugnisse bis zu einem Drittel des Zollbetrages zu erhöhen, wenn diese Industrieerzeugnisse in dem Lande, aus dem sie kommen, von einer Industrie erzeugt werden, in der die wöchentliche Arbeitszeit mehr als 48 Stunden beträgt.

Diese sozialpolitische Schutzklausel soll es ermöglichen, im Falle der Notwendigkeit einzelne österreichische Industriezweige gegen die Schmutzkonkurrenz ausländischer Industrien zu schützen, die den Achtstundentag nicht anerkennen. Eine solche Klausel würde, so hofft man, auch bei Handelsvertragsverhandlungen mit Ländern, in denen der Achtstundentag nicht besteht, eine gewisse Bedeutung haben.

Beharren die deutschen Unternehmer auf ihrer arbeitfeindlichen Propaganda, so wird die deutsche Volkswirtschaft die Wirkung dieses Schutzgesetzes schwer zu spüren bekommen. Wir bedauern, daß erst die Initiative des befreundeten Auslandes nötig war, um den Unternehmern das Gewissen zu schärfen. Nach allen Erfahrungen der Inflationszeit müßten diese Kreise schon selbst damit rechnen, daß ein soziales Dumping mit Schutzmaßnahmen erwidert werden würde. Unsere österreichischen Genossen sind über den Verdacht erhaben, ihrerseits irgendwelche handelsfeindlichen Maßnahmen gegen das Deutsche Reich aus freiem Antriebe zu vertreten. Ihre Handlung erklärt sich einmal als Notwehrkraft gegen die sozialpolitische Reaktion in Deutschland, die bei der engen Verflechtung deutscher und österreichischer Wirtschaftsinteressen sehr bald auf unseren Bruderstaat übergreifen müßte. Ihre Handlung ist aber weiter ein Akt der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Findet diese Zollklausel Aufnahme in der österreichischen Zollgesetzgebung — und das ist nach dem Beschluß des Zollausschusses zu erwarten —, so liegt zum ersten Male der Fall vor, daß die Arbeiterklasse eines Landes durch handelspolitischen Druck den Kampf der Arbeiterklasse im Nachbarlande um das soziale Existenzminimum bewußt unterstützt hat. In diesem Sinne ist die Handlungsweise unserer österreichischen Genossen zu begründen als ein Akt der Hilfe für die deutsche Arbeiterklasse. An den deutschen Unternehmern liegt es, wenn sie die Warnung, die in diesem Beschluß liegt, ignorieren und die Gefahr weiterer handelspolitischer Kompensationen freventlich heraufbeschwören.

Diese Gefahr ist um so größer, als unsere österreichischen Genossen, um die sozialpolitische Forderung durchzusetzen, der Gegenseite ein gefährliches Zugeständnis machen mußten. Die Industriellen, die die sozialen Rechte der Arbeiterklasse nicht anerkennen wollten, verlangten eine weitgehende Schutzklausel gegen solche Staaten, die ihre Ausfuhr durch Prämien begünstigen. Beide — die sozialpolitische und die allgemeine Dumping-Klausel — können in Geltung treten gegenüber Ländern, die nicht der Entente angehören. Ihnen gegenüber ist Österreich durch den Friedensvertrag zur Weisbegünstigung verpflichtet. Demnach haben die deutschen Unternehmer schon recht, wenn sie befürchten, daß sich die sozialpolitische Klausel im österreichischen Zollgesetz vornehmlich gegen die deutsche Industrie richtet. Aber nur mit der Voraussetzung, daß die deutschen Arbeitgeber weiter eine Politik verfolgen, die auf die Vernichtung der Arbeiterrechte und auf die Befestigung des Achtstundentages hinausläuft.

Die deutsche Arbeiterklasse wird gegen diese Bestrebungen auch aus eigener Kraft ankämpfen. Daß sie dabei jenseits der eigenen Landesgrenzen Hilfe findet, sollte den deutschen Unternehmern die Augen darüber öffnen, daß sie mit ihrer starrten Haltung die ganze deutsche Wirtschaft schwerer Gefahr aussetzen.

Der Nibelungenverrat.

Stresemann — der Internationale und Reichsfeind.

Der alldeutsche Verband hat auf seiner Hauptversammlung in Stuttgart Herrn Claj über das Glend der Parteien reden lassen. Parteien sind eine interessante Erfindung, die durchweg international, das heißt volks- und vaterlandsfremd, ja — feindlich eingestellt sind. Sozialdemokraten — selbstverständlich vaterlandslose Gesellen, Demokraten — internationale Finanzinteressen, und Zentrum — Reichsfeinde. Alles schon dagewesen, alle Kamellen aus der wilhelminischen Zeit. Aber, aber, Herr Claj hat eine neue Spezies der vaterlandslosen Gesellen entdeckt:

„Schlimm aber ist es, daß man heute erkennen und aussprechen muß, daß auch die Deutsche Volkspartei, soweit ihre oberste parlamentarische Leitung in Frage kommt, international geworden ist, indem und nachdem sie es fertig gebracht hat, ihre Partei zu einer Gruppe zu stampeln, die überstaatliche Geld-, Industrie- und Handelsinteressen vertritt. Dies hat Herr Dr. Stresemann erreicht, dieser edelste Sproß des gleichen und geheimen Wahrschicks, der neben Erzberger und Scheidemann seinen Platz in der deutschen Geschichte haben wird und dessen Wesen schon im Kriege erkannt worden ist, ohne daß es rechtzeitig möglich gewesen wäre, seinen Einfluß auszuschalten. Es ist ein Jammer, in dieser Partei so viele falschegeleitete und an sich wertvolle und gutgestimmte Volksgenossen zu sehen, ein Jammer auch, daß Persönlichkeiten vom Werte eines Dr. Jarres dort noch aushalten und ihr Ansehen zum Schaden des Ganzen dem Treiben einer solchen Partei leihen.“

Herr Stresemann ist also entlarvt, ein Internationaler — schlimmer, ein Erzbergerer — noch schlimmer, ein Scheidemann. Nun weiß man's, und die Schulz und Tilleßen, die hustert und Dehlschlager wissen es auch. Herr Claj macht aber zu früh einen Punkt. Wie steht es denn mit den fünfzigprozentigen, den Halbierten, den Geschäftsleuten mit den Kuhhandelsinteressen von den Deutschnationalen. Werden die nun auch eine internationale Erfindung, volks- und vaterlandsfremd, ja feindlich? Es ist wirklich schlimm. Wenn es so weitergeht, können sich die Volks- und Vaterlandsfreundlichen, die wahrhaft „Nationalen“ bald im Luftballon ansiedeln. Aber Herr Claj war höflich. Er murmelte nur einige Worte von „dem Unerhörten“ der Abstimmung vom 20. August und deckte den Mantel christlicher Liebe über die fünfzigprozentigen Internationalen. Man kann ja nie wissen, wieviel prozentig man in Zukunft selber sein wird.

Was er versäumt, das holt A. F. v. Derzen nach. In der völkischen „Mecklenburger Warte“ schreit er auf über den „Nibelungenverrat des nationalen Glaubens“:

„Von Breitscheid bis Tirpitz, tieffte Schmach, auch diesen Namen neben dem des unerfahrenen Reichspräsidenten hier nennen zu müssen, haben deutsche Volkspartei den Schlüsselstein der Erfüllungspolitik dem Zwinguri, das die Weltfinanz uns errichtet, freiwillig eingefügt!“

Da haben wir's ja — die Deutschnationalen sind auch Beauftragte der internationalen Weltfinanz, gekauft vom jüdischen Kapital. Herr v. Derzen schenkt ihnen nichts:

„Und nun? Nun haben die Führer den nationalen Glauben ihres Heerbanns von 6 Millionen Streikern schmählich verraten. Nicht nur Compligne, nicht nur Verschalles, nicht nur Pöndron bedeuten künftig Schmach der deutschen Geschichte. Die größte Schmach haben deutsche Männer am Tage vor Taunenberg ihrem eigenen Volke angetan, als sie den Glauben an Ehre, den Glauben an Treue, den Glauben an deutsches Manneswort schändlich verrieten. Nicht nur die 48, die ihren Namen hergaben, um den schändlichsten Frontvertrag der Weltgeschichte anzunehmen, auch die übrigen, die herzt, die Westart und all die anderen sind schuldig. Die Erklärung von der immer noch bestehenden Einmütigkeit der Fraktion, die Graf Westarp seinem einseitigen Willkür vorzulesen mocht, zeigt, daß die getrennte Abstimmung nur ein Manöver war, um die Wähler-

schaft zu blenden. Wären die Reichsger Mannen, und ich habe trotz allem noch die leise Hoffnung, daß sich unter ihnen noch welche finden, so hätten sie sofort zwischen sich und den Annehmern des Eisenbahngesetzes das Ärschloch zerschneiden müssen. Noch trüber aber als bei allen anderen sieht sich die Lage an, wenn man hört, daß die Deutschnationalen nunmehr in die Regierung ein-treten sollen. Du, deutsches Volk kennst den Nibelungenverrat! Du brauchst heute in Sorge und Besorgnis nicht mehr so weit zurückzuschweifen, um ein Musterbeispiel des Treubruchs zu finden. Solange der schänderhafte Mantel des Schutzgesetzes nicht die Schande der deutschnationalen Führerschaft ver-hüllt, sei es dir zugerufen: Du wurdest verraten gegen die Silberlinge schön gepolsterter Ministerfessel. Die schwarzweiße Fahne ist von der deutschnationalen Reichstags-fraktion entweiht.“

Das ist deutlich. Es geschieht den Deutschnationalen recht. Die Phrasen und die Hemmungslosigkeit ihrer unverantwortlichen nationalistischen Demagogie wenden sich nun gegen sie selbst. Die völkische Konkurrenz kann das alles noch viel schöner und wendet die Methode nun rücksichtslos und voll gegen die an, die sie in dummschlauer Berechnung nur fünfzig-prozentig umwenden wollte. Immerhin ist Herr v. Derzen noch höflich. Für dies Schachergeschäft die Bezeichnung Nibelungenverrat? Das ist entschieden eine Beleidigung für Hagen von Tronje.

Wilhelm, der Narr.

Urteile aus seiner vertrautesten Umgebung.

Fast zu gleicher Zeit erscheinen im Buchhandel zwei neue wichtige Beiträge zu dem Charakterbild, das von dem letzten Kaiser bereits feste Gestalt gewonnen hat. Da ist zunächst eine Biographie der Frau Henriette Schradler, der Gattin des bekannten freisinnigen Reichstagsabgeordneten Karl Schradler.

Henriette Schradler gehörte zu den Vertrauenspersonen der Kronprinzessin Viktoria, der Mutter Wilhelms II. In Briefen und Gesprächen hat diese Mutter über ihren ältesten Sohn sich zu Frau Schradler wiederholt in der offenherzigsten Weise ausgesprochen. Als der Neumundneunzig-Tage-Kaiser Friedrich III. der Vater Wilhelms, seinen schweren Leiden erliegen war, wurde Frau Schradler ins Schloß gerufen, und dort hörte sie von der Witwe des Verstorbenen und ihrer Umgebung von der unglücklichen Art, in der der eben zum Kaiser gewordene Sohn mit seiner Mutter umgesprungen war. Frau Schradler schrieb darüber:

„Fräulein Fuhrmann teilte mir im leisesten Flüßertone Dinge mit, wie sie das „Der König ist tot, es lebe der König!“ in einer Weise mitdurchlebt hat, wie sie es sich als unmöglich gedacht. Mit dem letzten Atemzuge unseres Heißgeliebten war die Welt verwandelt für sein Liebste, was er besaß. Mit dem Sinken der Krone von ihrem Haupte sank die Untergebenheit der Hoflinge — wendeten sie sich der aufgehenden Sonne zu, denn die untergehende hatte nichts mehr zu spenden, wonach diese heutigetierigen Hände sich fest-hielten... Ich will jetzt nicht reden von der Rohheit eines Sohnes, der Kaiser geworden und durch diese Würde zugleich die Vormundhaftigkeit seiner Mutter und Schwestern in die raube Soldatenhand bekommen hat, dem durch die Vorlese zum Säbel die seinen Frühjahren, die mit dem Herzen zusammenhängen, abgestorben sind. Fräulein Fuhrmann hat nach dieser Richtung hin Unglaubliches erlebt.“

Im Juli 1888 hatte der nationalliberale Professor Treitschke eine Rede gehalten, die die Persönlichkeit des verstorbenen Kaisers Friedrich aufs gehässigste herabsetzte. Von dieser Rede sprach Viktoria zu Frau Schradler: „Eins hat mich tief verletzt, die Auslassung von Treitschke; es ist unglaublich, daß ein Professor so schreiben kann.“ Und Frau Schradler, die über dieses Gespräch in einem Briefe berichtet, fügt hinzu: „Was wird sie sagen, wenn sie erfährt, daß ihr Sohn Wilhelm wirklich ein Dankes-telegramm an den ehrenwerten Professor sandte!“

Demnächst erscheint im Verlage Gebrüder Paetel, Berlin, ein Buch des konservativen Historikers Johannes

Hundertjahrfeier des Architektenvereins

Von Dr. B. Bekrendt.

Mit einer Reihe festlicher Veranstaltungen beging in diesen Tagen der Architektenverein zu Berlin die Feier seines hundert-jährigen Bestehens. Der Architektenverein zu Berlin ist eine der ältesten und angesehensten technischen Vereinigungen Deutschlands. Zu seinen ältesten Mitgliedern gehörte Carl Friedrich Schinkel, und nach ihm haben fast alle Großen des Faches, die irgendwie bestimmend auf die bauliche Entwicklung Berlins eingewirkt haben, zu seinen Mitgliedern gezählt. In diesem Sinne kann man sagen, daß die Geschichte des Vereins ein gut Stück Berliner Bau-geschichte verkörpert. Wenn man seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts von einer Berliner Bauerschule sprechen kann, so ist der Architektenverein der geistige Sammelpunkt dieser Schule gewesen. Er hat das Erbe Schinkels verwaltet und geistig lebendig erhalten bis auf den heutigen Tag. Er ist auch in Zukunft berufen, an den großen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeiten zu lösen sind, führenden Anteil zu nehmen.

Es darf als ein gutes Vorzeichen gedeutet werden für den Geist, in dem diese Aufgaben künftig gelöst werden sollen, daß der Verein sich von jezt ab „Architekten- und Ingenieurverein“ nennen will. Denn nur in enger Zusammenarbeit von Architekten und Ingenieur können die neuen Bauaufgaben unserer Zeit befriedigend gelöst, können Bauwerke geschaffen werden, bei denen Form und Inhalt sich decken. Allzulange hat der Architekt im Beweisen nur die unerschöpfliche Rolle eines Dekorateurs gespielt, der mit seiner „Fassade“ ein mehr oder weniger gelungenes Gewand für die reinen konstruktiven Gebilde des Ingenieurs darbot. Je mehr er sich bei solchem Brauch dem konstruktiven Geist des Bauens entzweite, desto ungeschöpferischer wurde unsere Architektur, je mehr sank sie zur Stillarchitektur herab, die sich in äußerlich repräsentativen Wirkungen erschöpfte.

Der Architektenverein zu Berlin hat aus Anlaß seines Jubiläums in den Festtälern des Charlottenburger Rathauses eine Jahr-hundertausstellung veranstaltet, deren Hochbauabteilung diese Entwicklung durch eine Reihe von Entwürfen bestätigt. Es sind Arbeiten von Schinkel und seinen Schülern und Nachfolgern zu sehen, sowie Entwürfe für Repräsentationsbauten aus der Zeit des Kaiserreichs. An dieser Reihe sieht man deutlich, wie die Architektur, die von Schinkel und seinen Schülern noch mit einem von lebendiger Ueberlieferung genährten Verständnis für das Wesen der Form geübt wurde, allmählich in einem formalistischen Virtuositentum erstarrte, dessen Bravour den Mangel an echter Empfindung nicht zu ersetzen vermag. Es ist zu bedauern, daß die Gelegenheit nicht genutzt wurde, um einmal die Linie der schöpferischen Baukunst durch den Kauf des neunzehnten Jahrhunderts zurück-zuführen und aufzuzeigen. Diese Linie läuft freilich abwärts der

sogenannten Repräsentations- und Monumentalarchitektur. Sie geht über die Werke des Ruhbauers, über Lagerhäuser, Fabriken, Wassertürme usw. und begreift auch jenen prachtvollen Entwurf Schinkels für ein Warenhaus unter den Linden ein, der auf dieser Ausstellung zu sehen ist. In den Entwürfen dieser Art, wo eine Verpflichtung für Repräsentation nicht vorlag und wo man darum wagen konnte, so sich zu sein, offenbart sich der schöpferische Geist der modernen Baukunst, und hier findet man auch einzelne solcher Baubeden schon vorgebildet, die in neuester Zeit ihre endgültige Prägung erfahren haben. Vereinzelt sind in der Ingenieurabteilung der Ausstellung Arbeiten dieser schöpferischen Art zu finden. Zu ihnen zählt auch der schöne Entwurf Franz Schwedlens für den Anhalter Bahnhof.

Zu seiner Jahrhundertfeier hat der Verein eine reichillustrierte Festschrift erscheinen lassen, die eine Reihe von Beiträgen führender Sachleute über die Leistungen des Bau- und Ingenieurwesens enthält. Die Festschrift fand am Sonntag unter außergewöhnlich starker Beteiligung in der Goldenen Galerie des Schlosses Charlottenburg statt. Den Festvortrag hielt Geheimrat Prof. Bornmann von der Technischen Hochschule in Charlottenburg. Er sprach über Berlin einst und jetzt und gab in großen Zügen ein Bild von der baulichen Entwicklung der Hauptstadt.

Das Volksstück „Der Wissenswurm“. Das alle liebe Zen-traltheater letzte gestern mit dem alten lieben „Wissens-wurm“ sehr glücklich seine Winterpielzeit ein. Angenerubers Bauernkomödie erwies sich als echtes Volksstück. Ein Volksstück in dem guten, ursprünglichen Sinn ist eine Komödie, die unter Verzicht auf jegliche psychologische Problematik, auf konstruierte Seelenkonflikte, auf jede literarische Kunstfertigkeit ein Stückchen Leben mit grober und daher deutlicher Charakterzeichnung malt, und in der eine Alltagsromanze blüht, in der stets das Gute siegt und das Schlechte unterliegt. Im „Wissenswurm“ wird der schneidende Dufstere in dem Augenblick entlarvt, wo er durch gewissenlose Ausnutzung der Schwächen seines Schwagers Grillhofer fast schon dessen schönes Anwesen an sich gebracht hat. Auf unkomplizierte Gemüter verfehlt die Angenerubersche Komödie nie ihre Wirkung. Sie verläßt das Theater mit dem Gefühl reifster Befriedigung, wenn sich dieser fröhliche Dufstere gedemütigt und verspottet wie ein geschlagener Roter von dem Bauernhof zurückzieht, als dessen Herr er sich bereits gefühlt hat. Aber auch anspruchsvolle Theaterbesucher hatten gestern ihre reine Freude an der sorglosen Ein-studierung durch den neuen Direktor Hans Felli. Er hat ein gutes, künstlerisch wertvolles Ensemble zusammengestellt. Robert Müller hätte als Bauer Grillhofer ein wenig frohloher, zerbrochener und zermürbter sein sollen, aber seine Gestaltung zeigte doch menschliche Güte, die zuweilen aus Herz griffen. Grete Bäcker spielte das allseitig lustige Sonnenkind, die Hordaderlies, mit der Routine einer großen Schauspielerin. Weniger Routine, weniger Dreistigkeit und dafür mehr Herzlichkeit und annütige Frische hätten ihre Rolle wirksamer gemacht. Der Erfolg des Abends gehörte dem

Dufstere des Karl Elinger. Seine Auffassung entspricht sicher nicht den Absichten Angenerubers, und doch hat sie ihre Berechtigung. Er war nicht wie üblich der bodenmäßige Schmeidler, sondern ein Piffikus mit Bauernschlaubeit und Mutterwitz, der trotz seines Intrigantentums nicht abstoßend erschien. Elingers Auf-fassung erhöhte damit die innere Wahrhaftigkeit der Komödie. In der Episodenrolle des pantoffelweidenhaften Bauern Palmer (auf Heinrich Götho eine famose Type. Wir sehen diesen ureigenen Komiker endlich wieder an einer seiner würdigen Stelle. Der Er-folg des Abends, dem die Besucher mit reger Anteilnahme folgten, war fast.

„Candida“ im Schillertheater. Bernard Shaw's unvermaltetes Fräulein, das um die halbe Candida strahlenden Nimbus breitet, eröffnete die Winterpielzeit des Schillertheaters. Der ganze Shaw ist bereits darin enthalten, obwohl der Verbindungspegel zu ihm hier noch offen liegt, als Soelendetektiv enthält, erwidert er so gründlich, daß schließlich einer den andern für verrückt hält. Witzartig werden Hintergründe erblickt; wie ein Sprengpulver wirkt in dem gemächlichen Frieden der Warrersfamilie die scharf lezierende Kritik des jungen Künstlers, der dort hineingeschnitten kommt. Diese Lockerung braucht Shaw, um in diesem Liebes- und Eheproblem auf die Wurzel zu kommen und das Phantom des selbständigen, autori-tätvollen Ehemannes zu zerblasen. Wie klein und hilflos steht zum Schluß der große Prediger da, der alle Welt hinreißt und begauert und nicht einmal sich und seine eigene Frau kennt. Der junge, enthaltslose Künstler, der in idealer Liebe zur Warrersfrau ent-brennt und sie betreiben will, ist im Grunde nur als Kontrollfigur gedacht, der die zwei Menschen zur Klarheit und Shaw zu seinem ironisch-skeptischen Triumph führen soll. Leuchtend und strahlend steht im Mittelpunkt die natürliche, aufrichtige, hotbelige Frau, die stüger ist als alle und alle Konflikte menschlich und gürtig löst. Die Aufführung bot dieselbe gute Befragung wie früher, den würdigen, ersten Prediger Karl Eberts, der in seinem Selbstgefühl eingeschlossen ist und un-anfänglich darauf gewandt wird, den nervösen, zappeligen, scharfsichtigen Liebsteien Erwin Kaisers, der nur viel zu alt und zu wenig befa-hend für diese Figur ist, die ausgezeichneten ans Parodistische gren-zenden Chagren Albert Floraths (als Typ des englischen respek-tablen Epizehers) und Mathilde Sullins (als insoheim verteilte alte Jungfer. Das Radonnenbild Shaw'scher Frauenhäufigung, dessen leichtes Geheimnis er aber auch nicht ausspricht, erkand annützig, mütterlich beglückend, Frohsinn ausstrahlend in Gina Poffens Candida.

Karl von Verfall, der Verfasser zahlreicher moderner Gesellschafts-romane und langjährige Feuilletonredakteur und Kunstkritiker der „Allgemeinen Zeitung“, ist in Köln gestorben. Er war am 24. März 1851 in Landsberg (Niederbayern) geboren, war ein Neffe des Münchener Generalintendanten und Bruders des Romanhistorikers Anton von Verfall. Seine einflu-gerische und gemäßigten kritische Tätigkeit hat er, auch nach Auscheiden aus seiner Redakteurstelle, in seinem Waite bis zuletzt ausgeübt. Orlische Altertümer in Süddeutschland. Die jetzt abgeschlossenen Aus-grabungen in Orla in Süddeutschland haben ein überaus reiches Material aus dem griechischen Altertum an den Tag gebracht. Ein altgriechischer Tempel ist entdeckt worden; ferner wurden Hüften gefunden, die Apollo geweiht sind, und in diesem Raum weitere heilige Denkmäler, sämtlich aus dem 2. Jahrhundert vor Christus.

Haller: „Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld“, aus dem das „Berliner Tageblatt“ schon jetzt ausgiebig veröffentlicht. Eulenburg war bekanntlich einer der Vertrautesten Wilhelms und konnte ihm manche Dinge sagen, die andere auszusprechen sich nicht getrauen durften. In einem Bericht an Bülow vom 14. Juli 1899 erzählt Phil von einem Gespräch, das er bei einem einsamen Spaziergang gelegentlich einer Nordlandfahrt mit Wilhelm geführt hatte:

Seine Majestät machte einen ziemlich heftigen Ausfall gegen die Elemente, „die eine Rücksicht nicht verdienen, und die man nicht zu fürchten brauche“. Ich sagte hierauf, daß ich trotz der Ansicht seiner Majestät, es sähe der Kaiser zu tief in den deutschen Herzen, als daß ein anderer darin Platz hätte, an meinem Standpunkt festhalten müsse, den „Bismarckismus“ zu schonen. Seine Majestät unterschätzte gewisse Gefahren, die im Staatsleben jeden Augenblick in Erscheinung treten könnten. Wenn Seine Majestät die öffentliche Meinung einmal durch etwas reize, so könne es unter Umständen eintreten, daß er in eine Zwangslage käme.

Der Kaiser war durch diese Wendung des Gesprächs sehr betroffen und fragte mich, wie ich mir eine Zwangslage vorstellen könne? — und wer die Leute seien, von denen ich eine solche befürchten könne?

Ich erwiderte, es könne z. B. bei einer gefährlichen politischen Situation, die vielleicht durch eine Unvorsichtigkeit seiner Majestät hervorgerufen oder verstärkt worden wäre, die Regierung zurücktreten, um Seine Majestät zu bedenken — sie könne auch fortgedrängt werden. Dann würde unter Umständen im Reiche eine Mission unternommen werden, die auf eine Abdankung oder Entmündigung des Kaisers hinfiele.

Der Kaiser wurde recht ernst bei dieser Betrachtung und fragte mich neuem, wer solche Gedanken hegen könne? Wie man vorzugehen wolle?

Ich erklärte sehr bestimmt, daß ich Namen nicht nennen wollte und werde, weil ich keine Beweise in Händen hätte und aus einer akademischen Betrachtung keine Tatsachen konstruieren wollte. Aber ich könne seiner Majestät ein Wort mitteilen, das eine von ihm hochverehrte Persönlichkeit, Kardinal Hohenlohe, als letztes an mich vor seinem Tode sehr eindringlich gerichtet habe: „Ich weiß“, sagte der Kardinal, „daß Sie dem Kaiser absolut ergeben und auch in der Lage sind, ihm ganz offen einen Rat zu erteilen. Der Kaiser soll auf seiner Hut sein, sehr vorsichtig. Ich weiß positiv, daß der Gedanke, ihn für unzurechnungsfähig zu erklären, in vielen Köpfen erwogen wird und sehr viele, auch hohe Persönlichkeiten, gern ihre Hand dazu setzen würden, das Verfahren einzuleiten. Warnen Sie den Kaiser.“ Ich fügte hinzu, daß der Zufall heute die Unterhaltung in dieser Richtung geführt habe. Ich warnte nun jetzt den Kaiser.

Benige Tage später berichtet Eulenburg an dieselbe Adresse von einem weiteren Gespräch, bei dem Wilhelm sich über den Parlamentarismus abfällig äußerte und bei dem Eulenburg unter allerhand schmeichlerischen Redensarten Wilhelm begreiflich zu machen suchte, daß ein Vorgehen des Kaisers gegen den Reichstag böse Folgen haben werde:

Durch Reden, durch Telegramme erwecken Ew. Majestät den Eindruck, den absolute König wieder auflieben lassen zu wollen. Das aber wird von keiner Partei mehr des ganzen Reiches verstanden und begriffen. Der Parlamentarismus sitzt tief in allen deutschen Knochen, — und der von Ihnen behauptete Zusammenbruch des Parlamentarismus ist nur eine Unzufriedenheit mit einigen Formen desselben.“

„Ich beantrage für mich“, antwortete Seine Majestät nicht ohne Schärfe, „das freie Wort wie jeder deutsche Mann! Ich muß sagen, was ich will, damit die vernünftigen Elemente wissen, wie und wem sie folgen sollen. Wenn ich schwäche, würde das völlig „fertige“ Bürgerturn gar nicht wissen, was es zu tun hat!“

Schließlich deutete Eulenburg sogar an, daß das Volk in seiner Mehrheit sich in einem Gegensatz zum Kaiser befinden könnte, worauf Wilhelm prompt erwiderte: „Wäre dieses wirklich der Fall, so kommt es eben zu einer Revolution — und in legendärer Form muß es ja doch einmal kommen. Alles führt darauf hin, und man muß deshalb den Kampf akzeptieren.“

Das alles war schon im Jahre 1899, also vor nunmehr 25 Jahren! Schon damals rechnete Wilhelm mit einer Revolution und die „Großen“ spielten mit dem Gedanken, den gekrönten Hansnarr entmündigen zu lassen!

Man hat ihn nicht entmündigt. Man hat ihn weiter schmeicheln und telegraphieren lassen, bis er die ganze Welt gegen Deutschland aufgebracht hatte. Und das Volk hat keine Revolution „gemacht“, bis der militärische Zusammenbruch auch die letzten Reste des absoluten Monarchismus hinwegfegte.

Der gekrönte Narr träumt jetzt in Doorn. Aber die Höflinge und Höflingsanwärter führen sich heute in Deutschland so auf, daß sie wert scheinen, politisch entmündigt zu werden.

Der „Nationalverband“.

Ein geschichtlicher Vergleich.

Ein österreichischer Genosse schreibt uns: Die neueste Entwicklung der Deutschnationalen im Reichstag hat mir mit einem Schlag die Erinnerung an längst vergangene Zeiten wachgerufen. Als die Einführung des gleichen Wahlrechts in Oesterreich 1907 der Sozialdemokratie zu einer starken Macht auch im Parlament verschaffen hatte, schlossen sich eine Anzahl bürgerlicher Parteien zum „Deutschen Nationalverband“ zusammen. Es dauerte nicht all zu lang und dieser Deutsche Nationalverband hatte sich bei den verschiedensten Abstimmungen so kompromittiert, daß aus seinen eigenen Reihen folgende, noch populär gewordene Variante des bekannten Liedes „Stimmt an mit hellem hohen Klang“ aufstieg:

Der eine saß, der andere stand,
Der dritte setzte wider,
Das ist der Nationalverband!
Stimmt an das Lied der Lieder.

Wenn schon das gestrige Verhalten der Deutschnationalen geeignet ist, diesen schönen Kantus auch im Reich vollständig werden zu lassen — wie erst, wenn es zum Bürgerlied kommen sollte! Dann kann dieses Lied eine zweite deutsche Nationalhymne werden, zumal doch schon die erste nach der handlichen Melodie des österreichischen Kaiserliedes gelungen war.

Aufwärtsbewegung an der Börse.

Die Aufwärtsbewegung der Kurse setzte sich an der heutigen Börse noch fort. Allerdings ist bemerkenswert, daß die Hausse, die nach der Annahme des Sachverständigen-Ratens eingeleitet wurde, sich in ruhigen, gleichmäßigen Formen vollzieht.

Im Gegensatz zu dieser ruhigen Aufwärtsbewegung am Aktienmarkt steht die stürmische Hausse am Anleihemarkt. Heute wurden bei Beizahl der Börse bereits folgende Kurse genannt: Kriegsanleihe 105,0, Schutzanleihe 6%, 3½prozentige preuß. Konsole 193,0, Zwangsanleihe 36, 23-R. Schätze 680.

Höflichkeit im Verkehr.

Max Schreier schreibt uns zu diesem Thema: Man liest jetzt häufig, daß der Berliner Verkehr im Gegensatz zu dem anderer europäischer Großstädte außerordentlich darunter leidet, daß die Verkehrssitten des Berliners in einem kaum erklärlichen Maße daneberliegen. Die Disziplin des Publikums ist anerkanntermaßen mangelhaft und Unhöflichkeit leider eine weitverbreitete Eigenschaft. Es muß unbedingt einmal darauf hingewiesen werden, daß das Berliner Publikum nicht nur untereinander viel an Höflichkeit zu wünschen übrig läßt, sondern daß auch das Verkehrspersonal von diesem Publikum oft in der unglaublichsten Weise behandelt wird. Es ist schon mehr als einmal passiert, daß ein Fahrgast die Partei des Schaffners nehmen mußte, um ihm gegen renitente Passagiere behilflich zu sein, die in der empfindlichsten Weise den Schaffner behandelten und ihm dann obendrein mit Anzeigen bei der Direktion bedrohen wollten. Am häufigsten ereignen sich solche Fälle im Westen, wo ein Teil des Publikums offenbar glaubt einen Straßenbahn-Schaffner in der schnoddrigsten Weise anzufahren zu können. Diese Leute haben offenbar keine Vorstellung davon, daß die Arbeit der Straßenbahn-Schaffner zu den denkbar anstrengendsten Berufen gehört. Bei der zurzeit gänzlich unzureichenden Entlohnung (kaum 20 Mark in der Woche!) und der standstilligen langen Arbeitszeit von 10 Stunden und darüber ist es außerdem kein Wunder, wenn ein Schaffner unter Umständen gegen Ende seines Dienstes nervös wird. Die ständige Ueberfüllung der Wagen erschwert ja den Dienst außerdem noch ganz gewaltig. Das Publikum sollte sich in Berlin darüber im klaren sein, daß der Straßenbahnverkehr im Herbst vergangenen Jahres nur aufrechterhalten werden konnte, weil die Straßenbahner übermenschliche Entbehrungen auf sich genommen haben, und auch jetzt sollte das Publikum ein Verständnis für die schwere Arbeit dieser Leute an den Tag legen und die Schaffner nicht durch gewollschmiedriges Auftreten noch dauernd belästigen.

Verständigung!

Vor dem Zusammentritt der Stadtverordnetenversammlung.

Nach zweimonatiger Pause tritt am Donnerstag die Stadtverordnetenversammlung wieder zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Tagesordnung außerordentlich angeschwollen. Eine ganze Reihe wichtiger Fragen, Entscheidungen über Steuererlässe, über Grunderwerb der Stadtgemeinde usw. müssen gelöst werden.

Zunächst wird alles darauf ankommen, ob es am Donnerstag gelingen wird, überhaupt in solche Verhandlungen einzutreten. Bisher haben die bürgerlichen Parteien geschlossen abstimmbar und den Standpunkt vertreten, daß sie unter dem Vorsteher Haß nicht arbeiten wollen, weil er angeblich bewußt in parteilicher Weise die geschäftsordnungsmäßige Abwehr der Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie unterstüzt habe. Die weitere Entwicklung wird davon abhängen, ob die bürgerlichen Parteien in diesem Punkte weiter unter der Führung der Deutschnationalen an ihrer starren Auffassung festhalten oder ob sie es nicht doch vorziehen, die Obstruktion aufzugeben und nach dem Ausdruck von Paul Rischas zu versuchen werden, „den Konflikt in der Stadtverordnetenversammlung durch eine langatmige Verständigung zu einem glücklichen Ende zu führen“. Soweit es sich um die rein geschäftsordnungsmäßige Frage der Auslegung verschiedener Paragraphen der Geschäftsordnung handelt, glauben wir, daß die sozialdemokratische Fraktion einer Verständigung nicht im Wege stehen wird. Die bürgerlichen Parteien hätten sie jederzeit haben können, wenn sie dazu überhaupt geneigt gewesen wären. Es wird sich in diesen Tagen zeigen, ob ihre Obstruktionswut etwas nachgelassen hat.

Reine Verständigung kann es natürlich über den Abbau des Stadtschulrats Pausen geben. Wenn die bürgerlichen Parteien an diesem Abbau festhalten, so mögen sie das tun und selber dafür die Verantwortung tragen. Die Sozialdemokratie kann sich an keinem Geschäft beteiligen, das von ihr eine Zustimmung zu dem Abbau Pausens voraussetzt. Aus diesem Grunde sind auch alle Meinungen bürgerlicher Zeitungen über einen freiwilligen Rücktritt Pausens vollkommen irreführend. In einer solchen Lage weicht man nur der Gewalt und geht nicht freiwillig. Die bürgerlichen Parteien möchten freilich gar zu gern den Abbau Pausens durchsetzen und das Odium für diesen Standoff von sich abwälzen. Das wird ihnen allerdings nicht gelingen.

Der „Bombenfund“ in der Berliner Börse.

Der „Bombenfund“ in der Berliner Börse, der dort am gestrigen Montag die Gemüter in Aufregung brachte, hat sich als ein Dummerjungenstreich herausgestellt. Die Untersuchung des Geschosses durch die Feuerwerker der Schuppolizei hat ergeben, daß die vermeintliche Bombe überhaupt keine Sprengladung enthielt. Es handelt sich um den Ausbläser einer 9-Zentimeter-Granate, anscheinend englischen Ursprungs, wie sie im Weltkrieg vielfach als Andenken von Soldaten mit nach Hause gebracht wurde. Der nachträglich wieder ausgeschraubte Zünder war ebenfalls nicht mehr scharf. Immerhin gehen die Ermittlungen nach dem Täter noch weiter, da allem Anschein nach mit der Niederlegung des Geschosses im Börsengebäude eine politische Demonstration beabsichtigt war.

Die verschwundene Fahne.

Man schreibt uns: Ich möchte Ihnen einen neuen Beweis für bürgerliche Gesinnungsstärke liefern: Am „Warmhaus“, Kurfürstendamm, hing seit der Eröffnung der „Schönen Frau der Welt“ unter anderen Fahnen auch eine recht lange schwarzrote goldene. Diese ist plötzlich verschwunden, während alle übrigen noch lustig im Winde von Berlin W. flattern, sogar ein amerikanisches Sternendanner. Warum dies geschah, weiß ich natürlich nicht, hoffentlich ist es nicht die drohende Nachbarschaft des marschierenden Cafés Wilhelms. Da aber selbst dieses Lokal am Lannenberg-Sonntag nur eine schwarzweiße Preußenfahne aushing, steht wohl nicht zu befürchten, daß das Warmhaus den — Ruin so weit treiben wird, statt der eingezogenen republikanischen gar eine schwarzweiße Fahne herauszuführen.

Neue Straßenbahnfahrtscheine.

Die Berliner Straßenbahn-Verkehrs-G. m. b. H. führt am 2. September d. J. für die vom Betriebsbahnhof Halensee betriebenen Linien versuchsweise einen Einzelfahrtschein mit Umsteigerberechtigung für Erwachsene und Kinder ein, der vom Schaffner bei der Ausgabe nur einmal gelocht wird. Die Lochung trägt gleichzeitig den Betriebsort und die Nummer der Linie, auf der der Fahrtschein ausgegeben ist, auf den Fahrtschein ein. Bei diesen Fahrtscheinen fällt die Halbstundenlochung weg; die Frist bis zum Eintritt der zweiten Fahrt ist bei diesen Scheinen daher auf zwei Stunden nach der gelöchten Zeit festgesetzt. Rückfahrt ist nach wie vor verboten. Auf den übrigen Linien werden die bisherigen Fahrtscheine zu den unverändert gebliebenen Beförderungsbedingungen ausgegeben.

Beerenreise.

Wieder ist die Zeit heran, daß in Wald und Busch die Früchte reifen. Herrlich leuchten aus dem dunklen Grün der Blätter das Rindborret der Erdbeeren, das dunkle Blau der Hollunderbeeren. Wenn nimmt der Großstädter Zweige mit fruchtigeren Dolben mit nach Haus, sein vielleicht düsteres Großstadtheim damit zu schmücken. Besonders gern tut er es, wenn er in wenigen Wochen die in allen herbstlichen Läden prangenden Zweige der Erde und Busch hinzusetzt. Und doch darf es nicht sein! Die abgerissenen Zweige machen den Baum krank, die Bruchstellen bieten

gefährliche Anflugstellen für alle möglichen Schmarotzer, die den Baum zum Krüppel machen, wenn sie ihn nicht ganz eingehen lassen. Und die Beeren muß der Großstädter erst recht draußen stehen lassen, weil sie für viele unserer Singvögel die einzige Nahrung bieten. Finden Ameisen und Drossel keine günstige Nahrung, dann wandern sie ab, und wir wundern uns, daß kein fröhlicher Laut uns mehr in der Morgenfrühe entgegenhallt. Diese Mahnung soll genügen, und jeder einzelne muß dafür sorgen, daß aus den an und für sich schon spärlichen Beständen beerentragender Sträucher nicht noch der letzte Rest der Vernichtung anheimfällt. Schützt die Beerenfrüchte! Schützt die Singvögel!

Das Explosionsunglück in Züterbog.

Zwei Mann tot, zwei schwer verletzt.

Gestern fand in Züterbog durch die Potsdamer Staatsanwaltschaft eine Untersuchung über das Explosionsunglück statt. Die Untersuchung führte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ghsse. Der Vorgang hat sich folgendermaßen abgespielt: Am Sonnabend fand der Unteroffizier Franz Krause vom Infanterieregiment 5 Steffin auf dem Egerzierplatz eine Mine, die er für eine Egerziermine hielt. Krause wollte sich davon einen Abstecker machen und nahm die Mine auf das Zimmer mit und stellte sie unter das Bett. Kameraden fanden sie beim Aufwischen und stellten sie auf den Korridor. In demselben Moment explodierte das Geschoss und tötete zwei Mann und verletzte zwei schwer.

Eine blutige Eiserfuchtschlagpille spielte sich in Hannover ab. Der Ritter Goede hat keine Haushälterin, die Witwe Soeser, und ihre Tochter erkrankt, und zwar hat er der Frau mit einem Rasiermesser den Hals durchgeschnitten und das junge Mädchen ermüdet. Dann hat er durch Desinen der Buksadern Selbstmord begangen. Die Gründe zu der Bluttat sind in Eiserfucht, Zant und Streiz zu suchen.

Sport.

Ergebnisse des V. Segelflug-Wettbewerbs.

Bevor auf die Erfolge dieses Wettbewerbs eingegangen wird, muß an erster Stelle hier ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die Rhön-Wettbewerbe nicht dazu angehen sind, Wettbewerbe zu erreichen, vielmehr liegt ihr Gebiet mehr auf der wissenschaftlichen Seite. Zu Höchstleistungen eignet sich die Rhön absolut nicht. Wer die Rhön kennt, Wind und Wetter da oben in fast tausend Meter Höhe, der weiß, wie oft genug sich in kaum fünf Minuten Aufwind auf der Extreme der Naturgewalten abwechseln. Stürme bis zu 25, ja 27 Meter in der Sekunde sind zu allen Jahreszeiten nicht gerade eine Seltenheit, Regen, Hagel, Gewitter unter und oberhalb von uns lösen sich oft in Kürze ab. Deswegen ist z. B. ein Segelflug von 8 Stunden hier oben einfach undenkbar, 3 Stunden vielleicht, mehr aber keinesfalls. An der Küste, wo die gleichen Winde unermüdet oft tagelang wehen, können solche Rekordflüge ausgeführt werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Jungflieger neben den Alten der Rhön zuzurechnen sind, vielleicht aber auch hütten tätiger sein können. Einer ihrer schwersten Aufgaben vollbewußten Oberleitung liegt es fern, in irgendeiner Form auf die Tätigkeit der Segler einzuwirken zu wollen. Es genügt vollkommen, wenn Tagespreise, Frühpreise ausgekehrt werden, wenn die „Wettermacher“ ihren Berichten einen „guten Wind“ hinzufügen, z. B. „die heutigen günstigen Winde werden voraussichtlich nicht mehr lange anhalten“. Wer verstehen will, kann auch zwischen den Zeilen lesen. Dazu kommt unbedingt ein weiteres, nicht zu vernennendes schwerwiegendes, ja sogar grundlegendes Moment dazu: Was die Motorsegelflieger machen können, kann eben der reine Segelflieger nicht leisten, genau so wie der Freiballon und das Segelflüß dem Willen der wehenden Winde preisgegeben ist. Es gehört jedenfalls mehr Kenntnis der Technik, der Praxis, der Meteorologie dazu, die Winde und ihre Energie reiflich auszunutzen, unter seine Gewalt zu bringen, fast übermenschliches zu leisten, als mit der „rohen“ Gewalt des vierfüßigen Motors dagegen anzukämpfen. Das drückt, das zieht nieder, das wirkt beprimierend, zumal auf junge, vielleicht noch jugendliche Gemüter, die nie Gelegenheit haben, in den „Ranonen“ ihr Vorbild zu sehen, ohne zu wagen, es ihnen gleichzutun. Die große Menge sieht natürlich nur den Augenblickserfolg, ohne viel zu überlegen, wo das größere Können liegt.

Zum Schluß nun zu den Leichtmotorsegelfliegern. Was der schwache Kleinmotor im Segelflug geleistet hat, ist erstaunlich, zumal in der Hand eines Udet. In der Hauptsache nur englische Motore, außer Siemens, Jün u. Glitende, waren zur Stelle. Wo aber blieben die deutschen großen Werte? Vor mehr denn zwei Jahren waren sie von maßgebender Seite bereits auf den Flugzeug-Kleinmotor hingewiesen. Der Kraftfahrzeugmotor ist so seines schweren Gewichtes wegen ohne weiteres nicht zu verwenden, also heißt's zuerst wenigstens Opfer bringen. Auch im Interesse unserer Arbeiterschaft wäre dieser neue Industriezweig nur zu begrüßen. Die wirtschaftliche Frage ist klar, wenn man bedenkt, daß Udet bei seinem Flug nach Kissingen und zurück zur Rhön, etwa 60 Kilometer Entfernung Luftlinie, für 1,80 M. Betriebsstoff verbraucht hat, ohne zu segeln. Erst dann, wenn der Motor bei der Zielfahrt nur Nebenwerk ist, das Segeln die Hauptsache, dann wird sich die Frage der Wirtschaftlichkeit reiflich beurteilen lassen.

Unvergleichlich, aber groß ist die Ausbeute für Meteorologie und Aerodynamik. Das selten tief durchdachte, vollkommene System der Beobachtung, der Messungen der Höhe und der Entfernung ermöglichen eine Rekonstruktion der Flüge, deren Ausbeute auf Grund der Wetterarten der Wissenschaft und ihrer Internationalität reiflich zugute kommt und damit ein Friedenswerk fondergleichen ist.

Die folgenden vier Wochen, um die der schlechten Witterung halber die Gruppen Darmstadt, Hannover und Röhren nach auf der Wasserkuppe bleiben, werden die günstigen Ergebnisse nur vervollständigen können.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bis an das Wahlsekretariat, Berlin S.W. 6, Hindenburgstr. 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

12. Kreis, Tempelhofer, Marienwerder, Marxensfelde und Lichterfelde. Donnerstag, den 4. Sept., 7 1/2 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses, Zimmer 26 des Rathauses Marienwerder.
104. 104. Reichstagswahlkommission, Mittwoch, den 3. Sept., 7 1/2 Uhr, Verhandlung im Hofsaal, Berliner Str. 10. Die Mitglieder der Wahlkommission müssen erscheinen.
134. 134. Reichstagswahlkommission, Mittwoch, den 3. Sept., 8 1/2 Uhr, Verhandlung beim Genossen Schott, Buch, Hirschstr. 15.
146. 146. Reichstagswahlkommission, Mittwoch, den 3. Sept., nachm. 3 1/2 Uhr, Reichstagswahlkommission bei Hennig, Algenstr. 44.

Jugendveranstaltungen.

Annahmen zum Jubiläumstag am Dienstag (Sankt) werden nach im Jugendsekretariat, Hindenburgstr. 2, Hof 2, Tr., angenommen. Abends 6 Uhr, heute abend 7 1/2 Uhr, Reichstagswahlkommission im neuen Jugendheim, Algenstr. 44 (Gemeinde-Saal).

Herbstfest Oberpreuss. Die Genossen, bis zum Jubiläum am Sonntag, den 6., und Sonntag, den 7. September, nach 23.00 Uhr mitbringen müssen, müssen bis Mittwoch, den 3. September, in den Abteilungen 200 Mark Gehalt bezahlt haben. Die Abteilungsleiter müssen am Donnerstag, den 4. September, im Jugendheim Reichstagswahlkommission abgeben. — Treffpunkt Sonntag 6 Uhr am Bahnhof Reichstagswahlkommission.

Herbstfest Unterpreuss. Die Genossen, bis zum Jubiläum am Sonntag, den 6., und Sonntag, den 7. September, nach 23.00 Uhr mitbringen müssen, müssen bis Mittwoch, den 3. September, in den Abteilungen 200 Mark Gehalt bezahlt haben. Treffpunkt: Sonntag 5 Uhr Hermannstr. 15, 6 1/2 Uhr Algenstr. 44.

Wahlung! Abteilung Oberpreuss. ist jetzt Montag und Mittwoch.

